Schriftlicher Bericht

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Niedersächsischen Wasserrechts

Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1900

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/2190

Berichtersteller: Abg. Clemens Große Macke (CDU)

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt Ihnen in der Drucksache 16/2190 mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen, den Gesetzesentwurf mit Änderungen anzunehmen. Die mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen und für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung haben sich dieser Empfehlung angeschlossen.

Einen Schwerpunkt der Beratungen im federführenden Ausschuss bildete im Hinblick auf die hierzu in der Anhörung vertretenen unterschiedlichen Auffassungen die in § 60 des Entwurfs enthaltene Regelung über die Gewässerrandstreifen. Der Vertreter der Fraktion der Grünen sprach sich dafür aus, an Gewässern erster Ordnung wie im bisherigen Recht einen Gewässerrandstreifen von 10 m beizubehalten und für die Gewässer dritter Ordnung - wie im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vorgesehen - einen Gewässerrandstreifen von 5 m vorzusehen. Nur so könne eine gute Trinkwasserqualität und ein ausreichender Erosionsschutz gewährleistet werden. Der Vertreter der Fraktion der Linken schloss sich diesem Vorschlag an. Die Vertreter der SPD-Fraktion vertraten die Auffassung, man müsse die in der Anhörung vorgebrachten zahlreichen Argumente noch einmal in Ruhe auswerten, um dann die Frage im Rahmen einer weiteren Novelle des Wassergesetzes endgültig zu klären. Demgegenüber sprachen sich die Vertreter der Regierungsfractionen gegen die vorgeschlagene Änderung aus. Aus ihrer Sicht werde der Schadstoffeintrag durch Düng- und Pflanzenschutzmittel hinreichend durch die entsprechenden Fachgesetze verhindert; demgegenüber enthielten die Regelungen zum Gewässerrandstreifen kein Bewirtschaftungsverbot und würden deshalb in ihrer Wirkung überschätzt. Es sei im Übrigen sinnvoller, in diesem Bereich auf freiwillige Vereinbarung mit der Landwirtschaft zu setzen.

Ebenfalls streitig diskutiert wurde die von § 39 WHG abweichende Regelung zur Gewässerunterhaltung in § 63 des Entwurfs. Die Frage, ob diese Abweichung mit der Wasserrahmenrichtlinie vereinbar sei, wurde vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst (GBD) mit der Begründung bejaht, es handele sich bei dieser Regelung, die dem geltenden Recht entspreche, nach dem Willen des historischen Gesetzgebers eher um eine politische Akzentverschiebung als um eine rechtliche Abweichung vom Wasserhaushaltsgesetz, da entgegen der teilweise vertretenen Auffassung kein Vorrang des ordnungsgemäßen Gewässerabflusses festgelegt werde. Auch verweise u. a. der künftig anzuwendende § 39 Abs. 2 WHG auf die Einhaltung der der Rahmenrichtlinie entsprechenden Bewirtschaftungsziele. Der Vertreter der Grünen sprach sich dennoch für eine Streichung der Vorschrift aus, da sie nicht zielführend sei und ein falsches Signal setze. Dem schloss sich der Vertreter der Linken an; die Vertreter der SPD-Fraktion enthielten sich unter Hinweis auf weiteren Beratungsbedarf im Rahmen der nächsten Novellierung. Demgegenüber verteidigten die Vertreter der Regierungsfractionen die Entwurfsfassung unter Verweis auf den in der Anhörung geäußerten Wunsch des Wasserverbandtages nach Beibehaltung der bisherigen Regelung. Damit solle aber

der Gewässerabfluss nicht gegen ökologische Gesichtspunkte ausgespielt werden; diese fänden auch weiterhin Beachtung.

Den vom federführenden Ausschuss empfohlenen Änderungen liegen im Wesentlichen folgende Gesichtspunkte zugrunde:

Zu § 1:

Die vorgeschlagene Ergänzung um den neuen Satz 0/1 dient der notwendigen Ergänzung des § 2 Abs. 1 WHG, da diese Vorschrift nur den Anwendungsbereich des WHG regelt.

Satz 2 soll zur Klarstellung an den Wortlaut des § 2 Abs. 2 Satz 2 WHG angepasst werden.

Zu § 2:

Die aus § 2 Abs. 2 NWG übernommene Definition des „Wohls der Allgemeinheit“ soll entfallen, da sie den ursprünglichen inhaltlichen Bezug zu der in § 2 Abs. 1 Satz 2 NWG enthaltenen Regelung, in der das Wohl der Allgemeinheit als zentrales Bewirtschaftungsziel genannt wird, verloren hat. Eine § 2 Abs. 1 entsprechende Regelung ist auch im neuen WHG in der bisherigen Form nicht mehr enthalten. Bei den in § 6 WHG genannten „Allgemeinen Grundsätzen der Gewässerbewirtschaftung“ ist das Wohl der Allgemeinheit vielmehr nur noch in Absatz 3 Nr. 1 erwähnt; die in den Nummern 1 bis 6 genannten Gesichtspunkte sind in § 6 WHG weitgehend als eigenständige Bewirtschaftungsziele ausgegeben, was ebenfalls für eine Streichung spricht, da eine Abweichung vom WHG insoweit nicht beabsichtigt ist.

Zu § 6:

Die Empfehlung zu Absatz 2 dient der besseren Verständlichkeit. Die zusätzliche Entschädigungspflicht entspricht der bisherigen Rechtslage (vgl. § 13 Abs. 4 Satz 1 NWG).

Der Vorschlag der Fraktion der Grünen, den Absatz 2 zu streichen, fand keine Mehrheit.

Zu § 7:

Die Regelung soll entfallen. Sie ist wegen § 17 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 13 WHG überflüssig, denn auch eine Befristung ist eine in entsprechender Anwendung des § 13 WHG zulässige Nebenbestimmung (vgl. § 36 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG).

Zu § 9:

Da bei der Erteilung der Bewilligung abweichend vom bisherigen Recht (vgl. § 13 Abs. 2 Nr. 1 NWG) nicht mehr auf den „Unternehmer“, sondern auf den Benutzer abgestellt wird (vgl. § 14 Abs. 1 Nr. 1 WHG), wird eine sprachliche Anpassung empfohlen.

Zu § 14:

Aus der Formulierung des Absatzes 1 wird nach Auffassung des Ausschusses - auch im Hinblick auf die bisherige Rechtslage und die Gesetzesbegründung - hinreichend deutlich, dass die §§ 14 bis 19 nur für die in Absatz 1 genannten Anlagen Anwendung finden, sodass es der von den kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagenen Ergänzung (vgl. Vorlage 1) nicht bedarf.

In Absatz 2 soll entsprechend der bisherigen Rechtslage genauer auf § 11 Abs. 1 und 2 verwiesen werden, da nur diese Absätze dem bisherigen § 24 NWG entsprechen.

Zu § 17:

Der Vorschlag der Grünen, im Absatz 2 in einer neuen Nummer 5 „mögliche Befristungen oder Einschränkungen der Erlaubnis aufgrund klimatischer Veränderungen oder sonstiger nachteiliger ökologischer Entwicklungen des Grundwasserspiegels oder der Fließgewässer“ vorzuschreiben, fand keine Mehrheit.

Zu § 20:

Die vorgeschlagene Änderung stellt durch den Verweis (auch) auf § 9 Abs. 2 klarer als der Entwurf, dass entsprechend der bisherigen Rechtslage (vgl. § 34 NWG) im Fall des Widerrufs alter Rechte und Befugnisse bei Anordnungen nach § 9 Abs. 1 in gleichem Umfang Entschädigung zu leisten ist wie bei Anordnungen im Zusammenhang mit dem Widerruf einer Bewilligung.

Zu § 22:

Die Regelung des Absatzes 1 ist im Hinblick auf § 22 WHG entbehrlich.

Die in Absatz 2 empfohlene Ergänzung dient der besseren Verständlichkeit.

Zu § 23:

Aus Gründen der Verständlichkeit sollen die bisher in Absatz 2 Nr. 12 zusammengefassten, aber in keinem inneren Zusammenhang stehenden Fallgruppen des Abbaus von Bodenschätzen und der Abwehr von Gebäudeschäden getrennt werden. Dabei dienen die in der neuen Nummer 12/1 vorgeschlagenen Änderungen der Klarstellung des Regelungsziels.

Zu § 24:

Die geänderte Fassung des Absatzes 3 soll sicherstellen, dass sich das Erfordernis der Wassereinsparung wie bisher auf beide Nummern bezieht.

Zu § 27:

Die in Absatz 1 zu den Nummern 1 und 9 empfohlenen Änderungen tragen den Änderungen der Abgabenordnung Rechnung und sind erforderlich, um die bisherige Rechtslage unverändert zu lassen.

Zu § 30:

Der Vorschlag der Grünen, in Absatz 3 eine neue Nummer 10 „Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Minderung der Folgen des Klimawandels“ vorzusehen, wurde abgelehnt.

Zu § 32:

In Absatz 1 soll die Klausel „unbeschadet der Befugnisse nach § 101 WHG“ entfallen. Sie ist missverständlich, denn § 101 WHG enthält nur Befugnisse im Rahmen der Gewässeraufsicht. Solche Aufgaben werden vom gewässerkundlichen Landesdienst aber nicht wahrgenommen.

Der Vorschlag der Grünen, Absatz 5 zu streichen, fand keine Mehrheit.

Zu § 33:

Der Vorschlag der Grünen, Absatz 1 Satz 3 zu streichen, fand keine Mehrheit.

Zu § 38:

Absatz 3 soll entfallen. Der „entsprechenden“ Anwendung bedarf es nicht, da auch künstliche oder erheblich veränderte oberirdische Gewässer nach der Definition in § 3 Nrn. 4 und 5 WHG oberirdische Gewässer i. S. d. Absätze 1 und 2 sind, deren Bewirtschaftungsziele in § 27 (Abs. 2) WHG festgelegt sind (anders die bisherige Systematik der §§ 64 a und b NWG). Insofern erfassen die Ermächtigungen nach den Absätzen 1 und 2 die künstlichen oder erheblich veränderten Gewässer unmittelbar.

Zu § 51:

Die empfohlene Streichung verdeutlicht das Ergänzungsverhältnis zu § 36 WHG (vgl. § 36 Satz 3 WHG). Dort ist in Satz 1 bereits der Vorbehalt enthalten, dass „die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist“.

Zu § 59:

Die in Absatz 2 Satz 1 genannten Versagensgründe beziehen sich auf die - kumulativen - Verpflichtungen in § 36 Satz 1 WHG.

Zu § 60:

Zu Absatz 1 ist im Hinblick auf in der Anhörung vorgetragene Bedenken erörtert worden, ob sich aus Artikel 6 Abs. 2 i. V. m. Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, wonach die Mitgliedstaaten ab 2012 die „Schaffung von Pufferzonen entlang von Wasserläufen“ sicherzustellen haben, die Verpflichtung zur Schaffung von Gewässerrandstreifen an Gewässern dritter Ordnung ergibt. Der Ausschuss verneint dies. Nach seiner Auffassung ergibt sich aus § 38 Abs. 4 Nr. 3 WHG, der die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln vom grundsätzlichen Verbot des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen im Gewässerrandstreifen gerade ausnimmt, dass der erforderliche Schutz vor Schadstoffeinträgen insoweit durch die entsprechenden Vorschriften des Pflanzenschutz- und Düngemittelrechts gewährleistet werden soll (vgl. BT-Drs. 16/12275, S. 63). Die o. g. Verordnung sieht es dabei, wie in der Fußnote zu Anhang III zum Ausdruck kommt, als ausreichend an, wenn die Pufferzonen „mindestens die Anforderungen an das Ausbringen von Düngemitteln auf landwirtschaftlichen Flächen in der Nähe von Wasserläufen erfüllen, die gemäß Anhang II Buchstabe A Nr. 4 der Richtlinie 91/676/EWG in den Aktionsprogrammen der Mitgliedstaaten nach Artikel 5 Abs. 4 der Richtlinie 91/676/EWG anzuwenden sind.“ Einschlägig zur Umsetzung dieser von Verordnung in Bezug genommenen Anforderungen der sog. Nitratrichtlinie sind § 3 Abs. 6 und 7 der Düngeverordnung. Dort wird für das Ausbringen von Düngemitteln in der Nähe oberirdischer Gewässer die Einhaltung bestimmter Abstände gefordert. Eine weitergehende landesrechtliche Verpflichtung folgt aus der Verordnung nach Auffassung des Ausschusses nicht.

In Absatz 2 soll im Hinblick auf § 38 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und § 39 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 WHG sowie § 63 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 NWG-E eine begriffliche Angleichung („standortgerecht“) erfolgen.

Zu § 61:

Die zu Absatz 2 Satz 2 vorgeschlagene Änderung steht im Zusammenhang mit der Empfehlung zu § 128. Wegen der dort vorgeschlagenen generellen Verweisung auf die §§ 96 ff. WHG bedarf es des Verweises hier nicht mehr. Der Maßgabe, dass die Entschädigung vom Land zu leisten ist, bedarf es deshalb ebenfalls nicht, weil das Land in Ermangelung eines unmittelbar Begünstigten in entsprechender Anwendung des § 97 Satz 3 WHG ohnehin entschädigungspflichtig ist.

Der Vorschlag der Grünen, Absatz 2 zu streichen, fand keine Mehrheit.

Zu § 63:

Der neue Satz 4 in Absatz 1 soll klarstellen, dass § 39 Abs. 1 WHG insgesamt durch den Absatz 1 des Entwurfs ersetzt werden soll.

Entsprechend dem mit den Absätzen 1 und 2 verfolgten Regelungsziel soll in Absatz 3 auch für die Unterhaltung ausgebauter Gewässer nicht der in § 39 Abs. 3 WHG in Bezug genommene § 39 Abs. 1 WHG, sondern der an dessen Stelle tretende Absatz 1 dieses Gesetzes Anwendung finden.

Zu § 66:

Die Änderung in Absatz 2 berücksichtigt, dass die Anerkennung nicht mehr unmittelbar auf der Grundlage von § 63 BNatSchG, sondern durch § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz erfolgt. Um nicht auch anerkannte Vereinigungen zu erfassen, die nicht in Niedersachsen tätig sind, bedarf es zudem der neu vorgeschlagenen Beschränkung auf die (auch) in Niedersachsen tätigen Vereinigungen.

Zu § 68:

Die Fraktion der Grünen hat vorgeschlagen, § 68 wie folgt neu zu fassen: „Das Land gewährt den Unterhaltungsverbänden auf Antrag einen Zuschuss zu ihren Aufwendungen für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung, soweit im Einzelfall unbillige Härten auftreten und nach Maßgabe der im jeweiligen Haushaltsplan veranschlagten Mittel.“ Der Vorschlag wurde von den Regierungsfractionen mit der Begründung abgelehnt, mit der Formulierung würde der beabsichtigte Bürokratieabbau verfehlt; im Gegenteil würde durch die Ersetzung einer eindeutigen Regelung Rechtsunsicherheit und damit mehr Bürokratie geschaffen.

Zu § 73:

Satz 2 soll entfallen. Er ist im Hinblick auf § 36 Satz 1 WHG entbehrlich.

Zu § 79:

Der Vorschlag zu Absatz 2 stellt klar, dass es sich gegenüber § 41 Abs. 4 WHG um einen zusätzlichen Anspruch handelt. Die geänderte Formulierung verdeutlicht in Anlehnung an die bisherige Regelung in § 115 Abs. 5 Satz NWG das Regelungsziel.

Der Vorschlag der Grünen, Absatz 2 zu streichen, fand keine Mehrheit.

Der Ausschuss erörterte zudem die im Rahmen der Anhörung vom Wasserverbandstag erhobenen Bedenken, dass wegen der Neuformulierung des § 41 Abs. 1 Satz 2 WHG künftig eine „vorherige Ankündigung“ von Unterhaltungsmaßnahmen durch ortsübliche Bekanntmachung ausgeschlossen sei. Der Ausschuss hält diese Bedenken nicht für durchgreifend. Dass der Bundesgesetzgeber mit der Änderung der Formulierung gegenüber § 30 Abs. 1 WHG a. F. (= § 115 Abs. 1 NWG) eine solche inhaltliche Änderung bezwecken wollte, lasse sich der Begründung nicht entnehmen (vgl. BT-Drs. 16/12775, S. 64). Andererseits sei aber auch schon nach bisherigem Recht die Zulässigkeit einer ortsüblichen Bekanntmachung lediglich durch Auslegung ermittelt, für bestimmte gravierende Maßnahmen dagegen eine individuelle Benachrichtigung für erforderlich gehalten worden (vgl. nur Haupt/Reffken/Rhode, § 115 NWG, Rn. 4). Dementsprechend geht der Ausschuss in Übereinstimmung mit dem Fachministerium davon aus, dass auch § 41 Abs. 1 Satz 2 WHG einer entsprechenden Auslegung zugänglich ist.

Zu § 81:

Um eine Abweichung von § 42 Abs. 1 WHG zu vermeiden, wird empfohlen, die ohnehin überflüssigen Worte „nach pflichtgemäßem Ermessen“ zu streichen.

Im Hinblick auf im Rahmen der Anhörung vom Wasserverbandtag vorgetragene Bedenken, dass in § 42 Abs. 1 WHG gegenüber § 118 Abs. 3 NWG die Einschränkung „wenn nötig“ fehlt, vertritt der Ausschuss in Übereinstimmung mit dem Fachministerium die Auffassung, dass hiermit keine Rechtsänderung verbunden ist, weil der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und damit die Erforderlichkeit im Rahmen der Ermessensentscheidung stets zu prüfen ist.

Zu § 82:

Bei der zu Nummer 2 vorgeschlagenen Änderung handelt es sich um eine Anpassung an § 43 Nr. 2 WHG, da eine inhaltliche Abweichung von dieser Vorschrift nicht beabsichtigt ist.

Zu § 86:

Der Vorschlag zu Absatz 3 Satz 1 dient der Klarstellung des mit Satz 2 beabsichtigten Regelungsgehalts. Letzterer kann daher entfallen.

Zu § 88:

Die zu Absatz 1 Satz 2 vorgeschlagene Änderung dient der Anpassung an den Wortlaut des § 46 Abs. 1 Satz 1 WHG, da eine inhaltliche Abweichung nicht beabsichtigt ist.

Mit der Aufnahme der Fischhaltung und Fischzucht in den Absatz 3 wollen die Regierungsfraktionen einen Vorschlag der Landwirtschaftskammer aus der Anhörung umsetzen.

Zu § 93:

Die zu Absatz 1 Satz 1 empfohlene Änderung soll verdeutlichen, dass es sich um eine Zuständigkeitsverlagerung i. S. d. § 51 Abs. 1 Satz 2 WHG handelt.

Anders als das bisherige Recht (vgl. § 49 NWG) enthält § 52 WHG den Begriff der „Schutzbestimmungen“ nicht ausdrücklich. Die Formulierung in Absatz 1 Satz 6 soll deshalb verdeutlichen, dass unter Schutzbestimmungen - auch im Sinn der nachfolgenden Vorschriften - die in § 52 Abs. 1 Satz 1 WHG genannten Anordnungen zu verstehen sind. Zudem enthalten § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG keine „Schutzbestimmungen“, sondern lassen nach der Terminologie des WHG bestimmte Ausnahmen von den Schutzbestimmungen zu. Auch deshalb sollte der dortige Verweis dahingehend präzisiert werden, dass auf § 52 Abs. 1 Satz 1 WHG verwiesen wird.

Zu § 94:

Die vorgeschlagene Änderung in Absatz 1 soll verdeutlichen, dass in einer Schutzgebietsverordnung nach Absatz 1 die Schutzbestimmungen - anders als in § 51 Abs. 1 WHG vorgesehen - nicht (nur) in der Verordnung zur Festsetzung des jeweiligen Wasserschutzgebiets geregelt werden können, sondern (auch) in einer allgemeinen Schutzgebietsverordnung.

Die die vorläufige Anordnung betreffenden Regelungen der Absätze 2 bis 7 des Entwurfs sind nach Auffassung des Ausschusses im Hinblick auf die Regelungen in § 52 Abs. 2 WHG entbehrlich und sollen deshalb entfallen.

Zu § 95:

Der Vorschlag zu Absatz 1 Satz 1 soll zunächst im Hinblick auf die Ausgleichspflicht und den Wortlaut des § 52 Abs. 5 WHG das Regelungsziel verdeutlichen. Dieses besteht darin, ergänzend zu den in § 52 Abs. 5 WHG genannten Fällen auch dann eine Ausgleichspflicht zu begründen, wenn die Schutzbestimmungen die erwerbsgärtnerische Nutzung eines Grundstücks einschränken. Da der in Bezug genommene § 52 Abs. 5 WHG keine zeitliche Beschränkung enthält, kann der zweite Halbsatz entfallen.

Absatz 2 Satz 1 ist im Hinblick auf den Vorschlag zu § 128 entbehrlich, da danach § 96 Abs. 2 WHG entsprechende Anwendung findet.

Absatz 3 soll gestrichen werden. Die Regelung ist im Hinblick auf den Vorschlag zu § 128 entbehrlich, da danach § 97 WHG entsprechende Anwendung findet.

Der Vorschlag der Fraktion die Grünen, § 95 ganz zu streichen, fand keine Mehrheit.

Zu § 96:

Absatz 1 Satz 1 soll sprachlich präzisiert werden, da „staatlich anerkannte Heilquellen“ nicht mehr anerkannt werden müssen. Im Übrigen ist es selbstverständlich, dass die Anerkennungsbehörde auch für den Widerruf zuständig ist, sodass eine ausdrückliche Regelung entbehrlich ist.

Der Vorschlag zu Absatz 4 entspricht dem bisherigen § 144 NWG eher als die Entwurfsfassung.

Zu § 97:

Der Vorschlag zu Absatz 1 dient der besseren Verständlichkeit.

Zu § 98:

Da nach bisherigem Recht § 149 Abs. 2 Satz 2 NWG auf § 61 NWG verweist, muss zur weitgehenden Beibehaltung der bisherigen Rechtslage vorliegend nicht § 100 WHG, sondern § 101 WHG für entsprechend anwendbar erklärt werden, da die dort geregelten Befugnisse im Wesentlichen den bisher in § 61 NWG enthaltenen Duldungspflichten entsprechen. § 100 WHG enthält dagegen Aufgabenzuweisungen und Eingriffsbefugnisse, auf die laut Fachministerium nicht verwiesen werden soll.

Zu § 100:

Absatz 2 ist im Hinblick auf § 58 Abs. 3 WHG entbehrlich.

In Absatz 3 ist der Verweis „nach Absatz 1 Satz 1“ überflüssig und eher missverständlich, da die Zuständigkeit ggf. aus der VO nach Absatz 1 Satz 1 folgt. Ebenso wie in § 98 Abs. 2 Satz 2 soll auch hier nicht auf § 100 WHG verwiesen werden.

Zu § 101:

Der Ausschuss vertritt in Übereinstimmung mit dem Fachministerium die Auffassung, dass es sich in Absatz 1 lediglich um eine „Auslegungshilfe“ zu § 60 WHG und nicht um eine - wegen des Anlagenbezugs nach Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 GG unzulässige - Abweichung handelt.

Die bisher auf Anlage 1 Nr. 1 NUVPG bezogene Regelung des Absatzes 2 Satz 1 ist entbehrlich, da sowohl die Genehmigungs- als auch die UVP-Pflicht nunmehr bundesrechtlich geregelt sind (vgl. § 60 Abs. 3 WHG; Anlage 1 Nr. 13.1 UVPG).

In Absatz 2 Satz 2 soll der Verweis präzisiert werden, da dies dem bisherigen Verweis in § 154 Abs. 1 Satz 3 NWG auf § 24 NWG entspricht.

Zu § 102:

Absatz 1 Satz 1 ist im Hinblick auf § 61 Abs. 2 Satz 1 WHG entbehrlich; eine Abweichung wäre auch gemäß Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 GG unzulässig, da es sich um eine anlagenbezogene Vorschrift handelt.

Absatz 1 Satz 2 wird nach Auskunft des Fachministeriums - ebenso wie die Absätze 2 und 3 - bis zum Erlass einer Verordnung nach § 61 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. Abs. 3 WHG noch benötigt.

Zu § 105:

In Absatz 2 Satz 3 sollte die bei vergleichbaren Vorschriften zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie übliche Einbeziehung der EWR-Staaten und der Schweiz ergänzt werden, da diese Staaten nach europäischem Recht den Mitgliedstaaten der EU gleich behandelt werden müssen.

Zu § 106:

Die Einbeziehung des § 63 WHG ist entbehrlich, da schon nach dieser Vorschrift selbst eine Eignungsfeststellung für die genannten Anlagen nicht erforderlich ist.

Zu § 109:

In Übereinstimmung mit dem Fachministerium hält der Ausschuss die Regelung auch in Ansehung des § 68 Abs. 3 Nr. 2 WHG mit der Begründung für erforderlich, dass die §§ 27 und 44 WHG unmittelbar nur für die Bewirtschaftung, nicht aber für den Gewässerausbau gelten.

Zu § 110:

Die Sätze 2 und 3 des Absatzes 1 sind im Hinblick auf die - zur Zeit der ursprünglichen Aufnahme ins Gesetz noch nicht bestehenden - Vorschriften des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes entbehrlich.

Die Regelung des Absatzes 2, die nach bisherigem Recht den Schutz der Rechte Dritter zum Ziel hat, wird im Hinblick auf § 70 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 3 bis 6 WHG nicht mehr benötigt.

Zu § 111:

Der „Auslegungshilfe“ des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 bedarf es nicht.

Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 ist im Hinblick auf § 70 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 3 bis 6 WHG entbehrlich.

Die zu Absatz 3 Satz 1 vorgeschlagene Änderung dient der Präzisierung des Regelungsziels.

Zu § 114:

Der Vorschlag zu Absatz 3 dient der sprachlichen Anpassung an Absatz 2.

Zu § 118:

Im Ausschuss wurde die gegenüber dem bisherigen § 92 a NWG geänderte Systematik des § 78 WHG erörtert. Die Regierungsfractionen äußerten insbesondere Bezug auf das in § 78 Abs. 1 Nr. 5 enthaltene Verbot der Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern oder die

fortgeschwemmt werden können, unter Hinweis auf die in der Anhörung vom Landvolk vorgetragene Bedenken die Bitte, großzügig von der Möglichkeit des § 78 Abs. 4 WHG Gebrauch zu machen, in Verordnungen von diesem Verbot Ausnahmen zuzulassen. Es sei nicht sachgerecht, dass künftig Kartoffelmieten oder Holzablagerungen in Überschwemmungsgebieten unzulässig seien. Sollte es in der Praxis zu Problemen kommen, müsste ansonsten über eine Änderung der Vorschriften nachgedacht werden.

Die Regelung des Absatzes 1 ist nach Auffassung des Ausschusses entbehrlich, weil die Gegenständlichkeit der genannten Beispiele nicht zweifelhaft ist.

Der Vorschlag zu Absatz 2 soll sicherstellen, dass die nach § 78 Abs. 3 Satz 1 WHG erteilten Genehmigungen ebenfalls erfasst werden.

Absatz 3 soll entfallen. Die im Entwurf vorgesehene Möglichkeit, bestimmte Regelung statt durch Verordnung durch eine Einzelaktsentscheidung zu erlassen, ist entbehrlich: § 92 a Abs. 4 Satz 4 NWG, auf den sich die Absatz 3 des Entwurfs entsprechende Regelung des § 92 a Abs. 5 NWG bisher bezogen hat, findet nämlich im WHG keine Entsprechung, da in § 78 Abs. 1 WHG umfassende Untersagungstatbestände zum Schutz festgesetzter Überschwemmungsgebiete geregelt sind.

Zu § 122:

Der Verweis auf § 126 soll entfallen, da diese Vorschrift zur Streichung empfohlen wird.

Die Fraktion der Grünen hat vorgeschlagen den Absatz 5 wie folgt zu fassen: „Das Wasserbuch kann jederzeit bei der unteren Wasserbehörde eingesehen werden. Ab dem 1. 1. 2013 ist das Wasserbuch im Internet zu veröffentlichen“. Der Vorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Zu § 124:

Die Vorschrift ist entbehrlich. Sie entspricht dem bisherigen § 22 Abs. 3 WHG, der in den neuen § 89 WHG nicht mehr übernommen wurde, weil die Regelung gegenstandslos geworden ist (vgl. BT-Drs. 16/12275, S. 78).

Zu § 125:

Nach § 95 WHG ist eine Entschädigung nur noch bei unzumutbarer Einschränkung des Eigentums zu leisten. Um einen Wertungswiderspruch zu den Entschädigungsansprüchen nach dem WHG zu vermeiden, soll diese Beschränkung, abweichend von der bisherigen Rechtslage (vgl. § 177 NWG), auch in Satz 1 aufgenommen werden.

Der neue Satz 2 entspricht inhaltlich § 127 des Entwurfs. Die Regelung hat hier ihren einzigen Anwendungsbereich und sollte deshalb zur Klarstellung des Regelungszusammenhangs verlagert werden.

Zu § 126:

Die Regelung ist entbehrlich, weil die in Abweichung der §§ 92 und 93 WHG in § 126 abstrakt vorgenommene gesetzliche Interessenabwägung auch im Rahmen der nach den §§ 92 und 93 WHG vorzunehmenden Ermessensausübung vorgenommen werden kann.

Zu § 127:

Die Regelung soll hier entfallen und zur Vereinfachung nach § 125 Satz 2 verlagert werden.

Zu § 128:

Der empfohlene neue Satz 0/1 beruht auf der Erwägung, dass dieses Gesetz gegenüber dem WHG an verschiedenen Stellen ergänzende Regelungen zu Entschädigungsleistungen und Ausgleichszahlungen enthält. Da die §§ 96 bis 99 WHG unmittelbar aber nur für Entschädigungs- und Ausgleichspflichten gelten, die im WHG vorgesehen sind (vgl. § 96 Abs. 1, § 99 WHG), bedarf es einer ergänzenden Vorschrift. Um Wertungswidersprüche zu vermeiden, sollen die einschlägigen Vorschriften des WHG entsprechende Anwendung finden.

Die Sätze 1 und 2 des Entwurfs sollen entfallen. Dass eine Entschädigung auch in Form von wiederkehrenden Leistungen erfolgen kann, bedarf keiner ausdrücklichen Regelung, da eine solche Art der Leistung durch die §§ 96 ff. WHG nicht ausgeschlossen wird. Für eine Reaktion auf geänderte Verhältnisse genügen die Vorschriften des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts (einschlägig ist insofern insbesondere § 51 VwVfG).

Zu § 129:

Entsprechend der Formulierung in Absatz 2 sollte auch in Absatz 1 Satz 1 eine Bezugnahme auf die Einigung nach § 98 Abs. 2 Satz 1 WHG erfolgen.

In Absatz 2 Satz 1 ist die ausdrückliche Aufnahme der Begründungspflicht entbehrlich; sie folgt bereits aus § 1 NVwVfG i. V. m. § 39 VwVfG. Die Sätze 2 und 3 sind überflüssig, da § 58 VwGO unmittelbar Anwendung findet. Die Änderung des Satzes 4 berücksichtigt, dass sich die Entschädigungspflicht auch aus diesem Gesetz ergeben kann. Satz 5 ist ebenfalls entbehrlich, weil der in Bezug genommene § 5 Abs. 2 NVwKostG unmittelbar gilt.

Absatz 3 soll ersatzlos entfallen. Zum einen ist die Regelung inhaltlich unklar. Da die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen des § 96 Abs. 4 WHG ggf. durch den Abschluss zivilrechtlicher Verträge erfüllt werden müssen, reichen zudem die zivilrechtlichen Bestimmungen nach Auffassung des Ausschusses aus, um die Interessen des Erwerbers ausreichend zu schützen.

Zu § 130:

Die Regelung ist im Hinblick darauf, dass die Entschädigungen nunmehr dem öffentlichen Recht unterworfen sind (vgl. die Begründung zu §§ 96 ff. WHG, BT-Drs. 16/12275, S. 79), systemfremd und sollte deshalb entfallen. Leistungsbescheide werden grundsätzlich nach dem Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz (vgl. §§ 1 ff. NVwVG) vollstreckt. Das Gesetz regelt in § 60 NVwVG auch die Vollstreckung aus Urkunden - Voraussetzung ist wie in § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO grundsätzlich die Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung (vgl. § 60 Nr. 3 VwVG). Im Hinblick auf diese allgemeinen Vorschriften bedarf es hier keiner gesonderten Vollstreckungsvorschriften.

Zu § 132:

Die Formulierung des Satzes 1 soll an § 101 WHG angepasst werden, da diese Vorschrift, anders als der bisher in Bezug genommene § 61 NWG a. F., den Begriff der „behördlichen Überwachung“ nicht enthält.

Zu § 134:

Der Vorschlag zu Absatz 1 dient der Harmonisierung mit § 100 WHG. Dort ist in § 100 Abs. 1 Satz 1 WHG eine dem Satz 1 des Entwurfs entsprechende umfassende Aufgabenbeschreibung enthalten. § 100 Abs. 1 Satz 2 WHG entspricht dabei weitgehend der „Generalklausel“ in Satz 2 des Entwurfs - dieser Satz ist insoweit entbehrlich. Des Verweises auf die „Maßnahmen nach dem allgemeinen Recht der Gefahrenabwehr“ bedarf es wegen § 3 Abs. 1 Satz 3 NSOG nicht, da das NSOG danach für die Erfüllung von Aufgaben der Gefahrenabwehr ergänzend anzuwenden ist,

wenn das einschlägige Bundes- oder Landesrecht - wie hier - keine abschließenden Regelungen enthält.

Zu § 135:

Die Änderung in Absatz 2 Satz 3 soll klarstellen, dass das Fachministerium im Einzelfall auch eine Änderung der sachlichen Zuständigkeit anordnen kann.

Zu § 139:

Der Vorschlag zu Absatz 2 Nr. 1 beruht darauf, dass der Bund nach Auskunft des Fachministeriums eine entsprechende Ergänzung des § 103 WHG treffen will.

Bei der Streichung des Absatzes 2 Nr. 2 handelt sich um eine Folgeänderung zur vorgeschlagenen Streichung des § 94 Abs. 3 und 6.

Zu § 140:

Die Regelung soll entfallen. Sie wäre in der Fassung des Entwurfs nicht anwendbar, da die danach weiter geltenden Vorschriften wegen der Neufassung des WHG und dieses Gesetzes nicht isoliert angewendet werden können. Für die Übergangsvorschrift, die mit dem NEKHG eingeführt wurde, dürfte es aber ohnehin keinen Anwendungsbereich mehr geben.